

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910

30.12.1910 (No. 358)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 30. Dezember

No 358

Expedition: Karl Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die gestaltete Zeitspalt oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1910

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, den nachgenannten Personen die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihnen verliehenen königlichen Preussischen Auszeichnungen zu erteilen, und zwar:

für den Kronenorden vierter Klasse:

dem Bürgermeister Friedrich Schön,
dem Fürstlich Fürstenbergischen Kabinettsrat Karl Würth und
dem Fürstlich Fürstenbergischen Jägermeister Jakob Meindl in Donaueschingen;

für das Kreuz zum Allgemeinen Ehrenzeichen:

dem Bürgermeister Joseph Bausch in Süßingen;

für die Rote Adler-Medaille:

dem Fürstlich Fürstenbergischen Hausmeister August Straub in Donaueschingen;

für die Kronenorden-Medaille:

den Fürstlich Fürstenbergischen Bediensteten:
Kutscher Leopold Straub und
Chauffeur Haber Kothermund in Donaueschingen,
Jagdaufscher Fridolin Wegger in Wartenberg,
Forstwart Max Wink in Bachhimmern und
Jagdaufscher Franz Niedler in Bräunlingen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 16. Dezember d. J. gnädigst geruht, den technischen Assistenten Heinrich Hartmann in St. Blasien und den Revisionsinspektor Friedrich Böbele in Rheinau landesherrlich anzustellen.

Mit Entschliebung Großh. Ministeriums des Innern wurden in gleicher Eigenschaft verlegt: Gewerbelehrer Adolf Viehinger an der Gewerbeschule in Walldüren an jene in Sinsheim a. E. und
Gewerbelehrer Karl Nebel in Sinsheim a. E. an jene in Walldüren.

Mit Entschliebung Großh. Ministeriums des Innern vom 29. Dezember 1910 wurden verlegt:

1. Der Bureaubeamte bei diesem Ministerium, Kanzleisekretär Friedrich Schäfer, in gleicher Eigenschaft zum Großh. Bezirksamt Karlsruhe;

2. der Amtsktuar Johann Bauer bei Großh. Bezirksamt Bretten unter Verleihung der Amtsbezeichnung „Registaturassistent“ als Bureaubeamter zur Registratur des genannten Ministeriums.

Mit Entschliebung Großh. Ministeriums der Finanzen vom 22. Dezember d. J. wurden in gleicher Eigenschaft verlegt:

Obersteuerkommissar Philipp Laubinger in Karlsruhe zum Steuerkommissariatsdienst Bruchsal,

Obersteuerkommissar Friedrich Wansch in Bruchsal zum Steuerkommissariatsdienst Freiburg-Stadt,

Finanzamtmann Emanuel Mohr in Freiburg zum Steuerkommissariatsdienst Karlsruhe-Stadt,

Finanzassessor Karl Kötinger in Karlsruhe nach Billigen zur Vernehmung des Steuerkommissariatsdienstes daselbst.

Nicht-Amtlicher Teil.

* Der Streit um die Lohnämter in der Hausindustrie.

Es ist das Schicksal fast aller sozialpolitischen Vorlagen, daß sie im Reichstage über die von der Regierung gezogenen Grenzen hinaus erweitert werden, indem man versucht, Gebiete einer gesetzlichen Regelung zu unterwerfen, die nach Ansicht der amtlichen Kreise hierfür noch nicht reif sind. Und so entstehen zwischen der Regierung und der Reichstagsmehrheit Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Art, die ein Zustandekommen der Vorlagen gefährden. Auch die Novelle zur Gewerbeordnung, an der im Beginn dieser Legislaturperiode ein volles Jahr gearbeitet war, scheiterte schließlich an einem übermaß sozialpolitischer Wünsche, die im Rahmen der Vorlage erfüllt werden sollten. Die in jener Novelle vorgesehene Regelung der Hausarbeit ist dann

bekanntlich im Beginn dieses Jahres als selbständiger Gesetzentwurf dem Reichstage zugegangen. Und die Entscheidung über sein Schicksal dürfte bald nach Neujahr fallen, da die Vorlage nach Erstattung des Kommissionsberichts nunmehr zur Beratung in zweiter Lesung reif ist. Ob die Vorlage aber tatsächlich Gesetzeskraft erlangen wird, ist gegenwärtig noch völlig ungewiß. Denn wiederum besteht zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit ein anscheinend unüberbrückbarer Gegensatz über eine Frage von großer grundsätzlicher Bedeutung, die Errichtung von Lohnämtern für die Hausindustrie.

Dieselbe Mehrheit, welche beim Arbeitskammergesetz die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre verlangt, wünscht für diejenigen Gewerbebetriebe der Hausindustrie, in denen außergewöhnlich niedrige Löhne gezahlt werden, die Errichtung von Lohnämtern. Diese Lohnämter sollen aus gewählten Vertretern der Gewerbetreibenden und der Arbeiter zu gleicher Zahl unter einem vom Bundesrat ernannten Vorsitzenden bestehen. Ihre Aufgabe soll die Festsetzung von Mindestlöhnen sein, die nach Zustimmung der Aufsichtsbehörde rechtsverbindlich für alle in der Hausarbeit des betreffenden Gewerbebetriebes beschäftigten Arbeiter sind. Für diese Forderung werden nun folgende Gründe geltend gemacht: Alle gesetzlichen Maßnahmen zur Beseitigung der Mißstände in der Hausarbeit und zur Hebung der traurigen Lage der in ihr tätigen Kreise wirken als eine Belastung der Hausarbeiter, weil sie höhere Aufwendungen für die Wohn- und Arbeitsräume bedingen. Eine gleichzeitige Besserung der Löhne ist also unerlässlich. Diese Besserung will die Regierungsvorlage dadurch erreichen, daß sie dem Arbeitgeber die Verpflichtung auferlegt, die von ihm gezahlten Löhne allen Hausarbeitern durch Anhang in den für die Ausgabe der Arbeit bestimmten Räumen bekanntzumachen. Die Befürworter der Lohnämter erblicken jedoch hierin kein wirksames Mittel zur Besserung der Löhne. Eine gesetzliche Festlegung von Mindestlöhnen ist nach ihrer Ansicht erforderlich, weil der Weg der Selbsthilfe durch den Ausbau von Berufsorganisationen und den Abschluß von Tarifverträgen — der bei den gewerblichen Arbeitern das wirksamste Mittel zur Erreichung angemessener Löhne ist — bei den Hausarbeitern vollkommen verfehlt. Diese Tatsache zwingt zu einer Notstandsmaßnahme, indem durch die Gesetzgebung der Abschluß von Lohnverträgen erreicht wird. Man weist darauf hin, daß der Staat auch auf anderen Gebieten der Ausnutzung einer Notlage — z. B. durch Bekämpfung des Wuchers — durch die Gesetzgebung entgegengetreten ist. Und dem Einwande, daß eine derartige Lohnfestsetzung ein Eingriff in die Freiheit des Arbeitsvertrages sei, begegnet man mit dem Hinweis auf die Arbeiterjugendgesetzgebung, die ebenfalls die Freiheit des Arbeitsvertrages aus Rücksicht auf das öffentliche Wohl beeinträchtigt.

Als Beweis für die Durchführbarkeit von derartigen paritätischen Lohnämtern beruft man sich darauf, daß in England seit dem vorigen Jahre mit ihrer gesetzlichen Einführung bereits begonnen ist. Doch handelt es sich bei den englischen Lohnämtern bisher nur um einen Versuch. Und aus diesem Grunde lehnen auch die Gegner der Errichtung von Lohnämtern bei uns eine Berufung auf jene entschieden ab. Ihr stärkstes Argument dagegen, das sich auch die Reichsregierung zu eigen macht, ist das grundsätzliche Bedenken gegen jede Einmischung des Staates in die Lohnfestsetzung. Wie die Preise, so müsse man auch deren wichtigsten Bestandteil, die Löhne, der Regelung durch Angebot und Nachfrage überlassen, und es sei undenkbar, dem Staat und seinen Beamten die Verantwortung für die Festsetzung der Löhne im privaten freien Arbeitsvertrage aufzubürden. Diesen Einwendungen begegnet man mit dem Hinweis, daß durch die heute bestehenden Arbeitgeberverbände die freie Vereinbarung der Löhne bereits tatsächlich ausgeschaltet ist, da für alle Unternehmer die Beschlüsse ihrer Organisation Geltung haben. Es handelt sich außerdem, so sagt man, nicht um eine staatliche Festsetzung von Lohnverträgen, sondern nur um einen Zwang zu einer Selbstverwaltungsmaßnahme der im Lohnamt paritätisch vertretenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Gegner der Lohnämter wenden weiter ein, daß die Festsetzung von Mindestlöhnen für die Hausarbeiter geradezu gefährlich sein würde, weil manche Erzeugnisse der Hausindustrie nur durch die niedrigen Löhne einen

Absatz finden: eine fühlbare Lohnsteigerung müsse daher den Weiterbetrieb solcher Zweige der Hausindustrie unmöglich machen. Dagegen behaupten aber die Befürworter der Lohnämter, die Erfahrungen bei Tarifverträgen bewiesen, daß in einem leistungsfähigen Gewerbe jede Lohnsteigerung auf den Konsumenten abgewälzt werden könne. Gegen die Lohnämter wird auch eingewendet, daß in den Industrien, wo die Arbeitermuster sehr zahlreich sind und schnell wechseln, die Lohnämter auf unüberwindliche Hindernisse stoßen müßten. Aber dagegen sprechen schließlich die Tarifabschlüsse, die auch in solchen Gewerben bereits erzielt worden sind.

So stehen sich also die Anschauungen der Freunde und Gegner der Lohnämter in allen Punkten ihrer Beweisführung schroff gegenüber. Die Reichsregierung hat zu wiederholten Malen ihren unbedingt ablehnenden Standpunkt ausgesprochen. Daß der Reichstag an den Beschlüssen seiner Kommission etwas ändern wird, ist durchaus unwahrscheinlich. Eine Gefährdung des ganzen Gesetzentwurfes zur Regelung der Hausarbeit ist mithin tatsächlich eingetreten.

Deutsches Reich.

Professor Wheeler über Deutschland.

Der aus Berlin heimgekehrte Koesebeck-Professor Benjamin De Wheeler, Präsident der Universität von Californien, hat jüngst auf einem vom Deutschen Verein der Columbia-Universität zu Ehren des jetzigen Kaiser Wilhelm-Professors Dr. Ernst Daenell veranstalteten Kommer eine bemerkenswerte Ansprache gehalten. Er erzählte einleitend von seinen Reisen durch Deutschland, auf denen er die Süddeutschen als offenherzig, die Preußen als zuverlässig kennen gelernt habe. Das Land selbst habe er jetzt im Vergleich mit den Eindrücken, die ihm von einem früheren vierjährigen Studienaufenthalt in Deutschland geblieben seien, verändert gefunden.

„Deutschland ist fortschrittlich geworden“, fuhr Professor Wheeler fort. „Seine Industrie erobert die Welt. Eingezwängt zwischen Frankreich und Rußland, steht es stark da, aber es benützt seine Machtmittel für die Zwecke des Friedens. Es hilft den anderen großen Nationen mit starker Marine, im Interesse des Welthandels sozusagen internationalen Postdienst zu verrichten. Sein Herrscher selbst ist der größte Friedensfreund. Zu einem Herrscher, der so viel tut und so viel Verstand und Verantwortlichkeitsgefühl entwickelt, der einen so weitgehenden Blick in die Zukunft besitzt, wie der deutsche Kaiser, darf die Nation mit vollem Vertrauen stehen. Er benützt seine Macht zur Erhaltung des Friedens der Welt. Er erhält den Frieden, indem er zur Verteidigung bereit ist. Er bahnt eine Verständigung Deutschlands mit anderen Nationen an, wie er durch den Professoren Austausch mit den Vereinigten Staaten zu einem besseren Verständnis zwischen diesen beiden Nationen beigetragen hat. Viele Leute in diesem Lande kennen Deutschland und die Aufrichtigkeit des deutschen Herzens, und die überwiegende Mehrzahl der Bürger der Vereinigten Staaten hat deutsches Blut in den Adern. Wenn wir noch Deutschland und England zusammenbrächten, dann könnten diese Länder im Verein mit den Vereinigten Staaten den Frieden der Welt in Gerechtigkeit aufrecht erhalten. Möge kein Tag Deutschland und Amerika auseinanderbringen, mögen vielmehr alle Tage sie näher zusammenbringen.“

Nochmals Baron de Mathies.

Das „Dresd. Journal“ schreibt: Das „Dresd. Journ.“ brachte am 23. d. die Mitteilung, daß Baron de Mathies dem König sein Bedauern über die in seinem Buch „Wir Katholiken und die Andern“ enthaltenen beleidigenden Bemerkungen aussprechen ließ. Diese Mitteilung wie die andere über die beabsichtigte Änderung der beleidigenden Stellen in der zweiten Auflage des Buches halten wir aufrecht. Nachdem aber dieser Mitteilung ein Dementi entgegengesetzt wurde, wird nun von der dazu berufenen Stelle darauf hingewirkt werden, daß der Willen des Papstes ganz durchgeführt werde, der nach unserer früheren Mitteilung in Nr. 266 vom 27. November dahin geht, daß sobald als möglich ein offener Widerruf und eine Entschuldigung seitens des Barons de Mathies herbeigeführt werde. („ut maledicta reprobet et apud omnes se excusit.“)

Die bayerischen Bischöfe und die „Bayerische Lehrerzeitung“.

142 katholische Lehrer Nürnbergs hatten, wie gemeldet, an das erzbischöfliche Ordinariat in Bamberg eine Entschliebung gerichtet, worin sie das Schreiben des Ordina-

riats, welches vor antikatholischen Angriffen des Vereinsorgans, der „Bayerischen Lehrerzeitung“, warnte, als Einschränkung des freien Entschließungsrechts bezeichnen. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt nun hierzu:

„Es ist dazu zu bemerken, daß die von den Bischöfen beanstandeten Artikel der „Bayerischen Lehrerzeitung“ bis in den Anfang des Jahres 1909 hineinreichen und daß sie teilweise nach Form und Inhalt tatsächlich geeignet sind, gläubige Katholiken zu verletzen, daß jedoch in der letzten Zeit solche Entgleisungen unterblieben sind. Man muß im Interesse der Sache des Bayerischen Lehrervereins hoffen, daß sie auch ferner unterbleiben werden, denn der Kampf gegen die geistliche Schulaufsicht, den auch die Mehrzahl der katholischen Lehrer mitkämpft, hat mit Dingen und Einrichtungen der katholischen Kirche nichts zu tun. Er kann und muß geführt werden, ohne das religiöse Empfinden zu verletzen und den Gegnern dieser im Interesse der Lehrer und der Volksschule liegenden Bestrebungen formal ins Recht zu setzen, indem man ihnen Gelegenheit gibt, zur Verteidigung der kirchlichen Lehre auf den Plan zu treten. Die Forderung der bayerischen Bischöfe, daß das Vereinsorgan der Lehrerschaft, das den gemeinsamen Sachinteressen von Katholiken und Protestanten dient, der Angriffe auf kirchliche Institutionen sich enthalte, kann man gerechtfertigt finden, wenn auch der Weg, auf dem dies Verlangen zur Geltung gebracht wird, nämlich durch das zuständige Pfarramt, Bedenken erregen muß.“

Einnahmen der Reichspost und der Reichseisenbahnen.

Im November d. J. sind die Einnahmen der Reichspost nicht entfernt so günstig gewesen, wie im Oktober d. J. Während der Oktober d. J. eine Einnahme von 73,80 Millionen Mark zu verzeichnen hatte, sind im November d. J. nur 50,90 Millionen Mark eingebracht. Durch diese Mindereinnahme des Novembers stellt sich auch das Gesamtergebnis der bisherigen Posteinnahmen in diesem Etatsjahr wieder weit schlechter als im vorhergehenden. Bei einer Jahreseinnahme von 693,23 Millionen Mark nach dem Voranschlag hätten bis Ende November 462,11 Millionen Mark einkommen müssen. Die tatsächliche Einnahme steht aber mit 454,26 Millionen Mark um fast 8 Millionen dahinter zurück. Da jedoch die besten Monate für die Posteneinnahmen noch ausstehen, ist noch nicht unbedingt daran zu zweifeln, daß der Etatsjahrs noch erreicht wird. Die Reichseisenbahnverwaltung hatte im November eine Einnahme von 10,75 Millionen Mark. Die Gesamteinnahme beläuft sich auf 87,88 Millionen, während der achtmontliche Durchschnitt nach dem Etatsanschlag 81,6 Millionen Mark betragen würde.

Heer und Marine.

Als erstes Linienfahrzeug der „Helgoland“-Klasse, der verbesserten „Rassau“-Klasse, tritt im nächsten Jahre die als Ersatzbau für „Olbenburg“ auf der Wilhelmshabener Reichswerft ihrer Bauvollendung entgegengehende „Ostfriesland“ unter die Flagge, um zunächst ihre Probefahrten zu erledigen. Zu ihrem Kommandanten ist der gegenwärtige Kommandant des großen Schulkreuzers „Vertha“, Kapitän z. S. Engelhardt, bestimmt. — Von den Schulkreuzern stellt die gegenwärtig in den westindischen Gewässern befindliche „Freya“ (Kapitän z. S. Schaumann) im Frühjahr außer Dienst und wird durch das Schwesterfahrzeug „Vineta“ ersetzt, deren Umbau zum Schulschiff auf der Danziger Reichswerft demnächst beendet sein wird. Zu ihrem Kommandanten wurde Kapitän z. S. Sievers, gegenwärtig beim Admiralstab der Marine, bestimmt.

Von der Soldatenvereiner der Jugend hält der Kriegsminister v. Heeringen nicht viel, soweit dabei nicht lediglich die körperliche Ausbildung in Frage kommt. Das hat er deutlich genug in einem Schreiben vom 5. Dezember an den Vorsitzenden des Zentralausschusses für Volks- und Jugendspiele in Deutschland Abg. v. Schendendorff ausgesprochen. In diesem Schreiben heißt es: „Vom Standpunkt der Heeresverwaltung aus muß ich die bestmögliche körperliche Vorbereitung des Heereserbes als Endziel aller Jugendpflegemaßnahmen bezeichnen. Soweit aber auf Erziehung und Schießen in dem Abwehrplan ein Hauptwert gelegt wird, kann ich mich nicht verhehlen, daß eine derartige Ausbildung sich für militärische Zwecke weniger nützlich erweisen wird als eine planmäßige Durchbildung des Körpers, wie sie in den Vereinen für Körperpflege betrieben wird. Ich sehe hierbei ganz davon ab, der Frage näher zu treten, ob die Vorteile einer Vorbereitung der Jugend in den oben erwähnten Dienstzweigen nicht durch manche hierdurch hervorgerufene Erschwernisse der Ausbildung bei der Truppe (Angewöhnung von Fehlern, oberflächliche Dienstausführung, Verrücktheit zum mindesten aufgewogen werden. Für meinen Standpunkt ist vor allem maßgebend, daß selbst für die anerkanntermaßen notwendige körperliche Durchbildung bei unserer zumeist durch gewerbliche Anforderungen stark in Anspruch genommenen, schulentlassenen Jugend die zur Verfügung stehende Zeit knapp ausreicht.“

Eine selten vorkommende Mangelkrankheit wurde dem bisherigen Wachtmeister Kruse vom 2. Hannoverischen Dragoner-Regiment Nr. 16 in Lüneburg zuteil, der am 1. Oktober d. J. nach 46jähriger Dienstzeit in den Ruhestand getreten ist. Es wurde ihm der Charakter als Leutnant verliehen. Kruse machte die Feldzüge von 1866 und 1870/71 mit. Im Kriege gegen Frankreich war er Standartenführer der 16. Dragoner, 1877 wurde er zum etatsmäßigen Wachtmeister der 5. Schwadron genannten Regiments ernannt, und diese Stelle hat er 33 Jahre hindurch innegehabt.

Koloniales.

Der Aufstand auf den Carolinen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Bei der Wiedergabe des amtlichen Telegramms betreffend den Aufstand in Ponape ist ein Mißverständnis insofern unterlaufen, als gesagt wurde, es herrsche übrigens in Ponape Ruhe, während es richtig heißt, es herrscht in dem übrigen Ponape Ruhe. Den Namen Dikofadja oder Tokoi führt eine kleine, Ponape nördlich vorgelagerte Insel, auf der die Moritat passiert ist, sowie die südlich anschließende Landschaft auf der Hauptinsel Ponape selbst. Nach einem Telegramm ist anzunehmen, daß sich die gesamten Dikofadja im Aufstand befinden, während sich in den

übrigen fünf Landschaften auf Ponape die Eingeborenen durchaus ruhig verhalten und größtenteils loyale Anhänger der deutschen Regierung sind.

Berlin, 28. Dez. Die Schiffe „Emden“ und „Tingtau“, „Nürnberg“ von Hongkong am 28. Dezember nach Ponape gegangen; „Nürnberg“ unter Anlaufen von Yap.

* Übersicht.

Der Landesauschuß für die feierliche Begehung des 90. Geburtstags des Prinzregenten erläßt einen längeren Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Nur wenige Monate trennen uns noch von dem Tage, an dem Prinzregent Luitpold sein 90. Lebensjahr vollendet. Nicht in prunkvollen Geschenken oder Festlichkeiten sollen diese Empfindungen sich offenbaren, sondern der hochsinnigen und edlen Willensmeinung des Prinzregenten entsprechend in der Aufbringung von Mitteln für gemeinnützige und wohltätige Zwecke. Hierzu soll im ganzen Lande eine Sammlung veranstaltet werden, deren Betrag dem Prinzregenten dargebracht wird.“ Der Aufruf trägt mehrere Hundert Unterschriften.

Der Protest Deutschlands gegen die von der Lissaboner Regierung verfügte Austreibung der deutschen Jesuiten aus den portugiesischen Kolonien hat neue Beschlüsse des portugiesischen Kabinetts in der Angelegenheit herbeigeführt. Es soll dem „Verl. Tagebl.“ zufolge gestattet sein, daß die bisher in den Missionsstationen tätig gewesenen deutschen Jesuiten durch andere deutsche katholische Geistliche ersetzt werden. Es soll eine angemessene Frist zur Durchführung dieser Personalumschichtung eingeräumt werden. Es sind auch alle Maßnahmen getroffen, um bei der Durchführung des Ausweises jedes Gewalttätigkeit zu vermeiden.

In der Angelegenheit des Prinzen Max von Sachsen ist irgend eine amtliche oder halbamtliche Mitteilung des Vatikans bisher nicht erfolgt. „Corriere d'Italia“ bestreitet entschieden, daß die Inauktion sich mit der Revue „Roma e l'Oriente“ befassen werde, und erklärt, die genannte Revue werde auch fernerhin regelmäßig erscheinen.

Das Königreich Württemberg hatte am 1. Dezember 1910 laut Mitteilung des Statistischen Landesamts über 2 435 600 Einwohner. An dieser Ziffer dürfte durch die endgültige Feststellung nichts erhebliches geändert werden.

Durch eine Kgl. württembergische Verordnung sind die Bezeichnungen „mittlerer Dienst“ durch „Sekretärdienst“, „mittlere Dienstprüfung“ durch „Sekretärprüfung“, ferner die Bezeichnungen „niederer Dienst“ durch „Assistentendienst“ und „niedere Dienstprüfung“ durch „Assistentenprüfung“ ersetzt worden.

Zur Eröffnung der Arbeiten des Lokalkomitees für den nächstjährigen Katholikentag, der bekanntlich in Mainz stattfindet, wurde am Mittwoch unter der Assistenz des Bischofs im Dom zu Mainz ein feierliches Hochamt abgehalten. Darauf begab sich der Vorstand unter Führung des Landtagsabgeordneten Justizrat Schmitt in das bischöfliche Palais, wo der Bischof den Herren den Segen erteilte.

Der Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Königsberg 4, v. Sauten-Loschen (konservativ), ist auf seiner Befreiung Gornthenen gestern gestorben.

Auslandsübersicht.

Budapest, 29. Dez. Die österreichische Delegation wurde gestern eröffnet und Bärenreuther zum Präsidenten gewählt. Dieser bezieht in seiner Eröffnungsrede als die wichtigste Aufgabe der Delegation, bedeutende Mittel zur Ausgestaltung der Marine zu bewilligen. Die politische Hofe, welche durch die Annexion Bosniens und der Herzegovina angeleitet worden sei, dürste als abgeschlossen angesehen werden. Man müsse weniger rückwärts schauen als vielmehr vorwärts bezüglich der Pflege guter politischer und Handelsbeziehungen zu dem Ausland. Der Minister des Auswärtigen, Graf Lehrenthal, legte ein dreimonatiges Budgetprovisorium für 1911 vor. Der feierliche Empfang der Delegation findet heute in der Hofburg durch den Thronfolger in Vertretung des Kaisers statt.

Die ungarische Delegation hat den Grafen Sisy zum Präsidenten gewählt. Die nächste Sitzung, in der über das Budgetprovisorium verhandelt wird, findet heute statt.

Paris, 28. Dez. Der allgemeine Arbeitsverband veröffentlicht eine Kundgebung, nach der der Generalstreik proklamiert werden würde, wenn das Verfahren gegen den zum Tode verurteilten Schiffsarzt Durand nicht einer Revision unterzogen werde.

London, 27. Dez. In der „Daily Mail“ wird ein Schreiben veröffentlicht, das Lord Roberts an einen Kritiker seiner Propaganda für allgemeine Wehrpflicht gerichtet hat. Darin heißt es: „Daß wenigstens bei einer Nation des Kontinentes die Absicht besteht, den Stolz unseres Vaterlandes zu beugen, das muß jedem Manne klar sein, der die Zeichen der Zeit zu deuten versteht. Der kommende Kampf ist das allgemeine Gespräch bei Soldaten und Seeleuten eines großen europäischen Landes. Dieses Land macht andauernd Vorbereitungen, unsere Flottenstärke zu erhöhen, seine Mannschaften einzubilden und alles darauf vorzubereiten, eine leichte Landung an unseren Küsten vorzunehmen, sobald sich die Gelegenheit dazu ergibt.“ (Daß das deutsche Infanteriegeschwader auch einem so aufgeklärten Mann wie Lord Roberts erscheinen konnte, ist doch ein bedauerliches Zeichen von überspannter Nervosität.)

London, 28. Dez. Das Herzogspaar von Connaught und die Prinzessin Patricia sind wieder aus Südafrika hier eingetroffen.

Lissabon, 28. Dez. Amtlich wird die Bildung einer Kommission bekannt gegeben zur Prüfung der Reklamationen, die zur Feststellung des Eigentumsrechts an den Häusern, in denen die abgeschafften geistlichen Orden gewohnt haben, eingereicht sind. Einige dieser Häuser sind ausländischer Besitz.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 29. Dezember.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing im Laufe des heutigen Tages den Geheimen Legationsrat Dr. Seyb, den Minister Freiherrn von Bodman und den Geheimerrat Dr. Freiherrn von Babo zur Vortrags-erstattung.

** Im Monat November 1910 sind bei der Landesversicherungsanstalt Baden 525 Rentengesuche (40 Alters- und 485 Invaliden- bzw. Krankenrentengesuche) eingereicht und 394 Renten (30 + 333 + 31) bewilligt worden. Es wurden 57 Gesuche (1 + 56) abgelehnt, 567 (16 + 551) blieben unerledigt. Außerdem wurden im schiedsgerichtlichen Verfahren 7 Invalidenrenten zuerkannt. — Bis Ende November sind im ganzen 74 345 Renten (11 218 Alters-, 60 060 Invaliden- und 3067 Krankenrenten) bewilligt bzw. zuerkannt worden. Davon kamen wieder in Wegfall 43 441 (8838 + 31 849 + 2754), so daß auf 1. Dezember 30 904 Rentenempfänger vorhanden sind (2380 Alters-, 28 211 Invaliden- und 313 Krankenrenten). Verglichen mit dem 1. November hat sich die Zahl der Rentenempfänger vermehrt um 130 (— 6 Alters-, + 135 Invaliden- und + 1 Krankenrentner). Die Rentenempfänger beziehen Renten im Gesamtjahresbetrage von 4 685 628 M. 84 Pf. (mehr seit 1. November 21 285 M. 94 Pf.). Der Jahresbetrag für die im Monat November bewilligten Renten berechnet sich, und zwar für 30 Altersrenten auf 5112 M., für 340 Invalidenrenten auf 61 090 M. 60 Pf. und für 31 Krankenrenten auf 5341 M. 80 Pf., somit im Durchschnitt für eine Altersrente 170 M. 33 Pf., für eine Invalidenrente 179 M. 68 Pf. und für eine Krankenrente 172 M. 32 Pf. — Beitragserrstattungen wurden im Monat November infolge Heirat weiblicher Versicherter in 330 Fällen 15 183 M. und infolge Todes Versicherter Personen in 66 Fällen 7012 M., im ganzen somit 22 195 M. angewiesen.

BC. (Der Verein „Badische Volkshilfsstätte für Krankenfranke“) hielt in Karlsruhe unlängst im Sitzungssaale des Ministeriums des Innern seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Geheimer Obermedizinalrat Dr. Greiff, erstattete den Geschäftsbericht. Das Vereinsvermögen beläuft sich zurzeit auf rund 90 000 M. Es wurde beschlossen, mit dem Bau der Heilstätte, die in großem Maße bei Donaueschingen auf dem vom Fürsten zu Fürstberg und der Stadtgemeinde Donaueschingen kostenlos zur Verfügung gestellten Platte errichtet werden soll, noch so lange zu warten, bis das Unternehmen ohne Übernahme einer allzu großen Schuldenlast in die Wege geleitet werden kann. Um aber jetzt schon, dem Vereinsziele entsprechend, die notwendigen Krankenpflegeleistungen zu gewährleisten, bedürftigen Kranken Gelegenheit zu zweckdienlicher Anstaltsbehandlung zu bieten, wurde beschlossen, mittels der Zinsen des Vereinsvermögens und der Mitgliedsbeiträge alljährlich eine Anzahl von Heilverfahren durchzuführen. Als Ort hierfür ist vorläufig St. Blasien in Aussicht genommen, wo das Bezirkshospital den Kranken und Erholungsbedürftigen die geeignete Unterkunft bietet, während das Erholungsheim „Friedrichshaus“ die erforderlichen Anmittel zur Verfügung stellt. So wird also der Verein bereits vom kommenden Jahre an in der Lage sein, sich seinem eigentlichen Zwecke, nämlich der Anstaltsbehandlung minderbemittelter Kranken, wenn auch vorläufig noch in bescheidenem Umfange, widmen zu können. Bei der sachgemäß stattfindenden Neuwahl des Vereinsvorstandes wurde der bisherige Gesamtvorstand durch Affirmation wiedergewählt. In der sich anschließenden Vorstandssitzung wurde, nachdem der bisherige Vorsitzende, Geheimerat Dr. Greiff, zu allgemeinem Bedauern gebeten hatte, von seiner Wiederwahl abzusehen, Wirk. Geheimerat Erb-Heidelberg einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden, Schriftführer und Schatzmeister wurden die mit der Vereinsarbeit vertrauten Herren Ministerialrat Dr. Krassberger-Karlsruhe, Kreisamtsrat Dr. Neumann-Karlsruhe und Hofrat Dr. Determann-St. Blasien wiedergewählt.

(Die Zahl der Personen, die ohne approbiert zu sein, die Heilkunde in Baden ausüben) hat in den letzten 5 Jahren erheblich zugenommen; insbesondere ist ein starkes Anwachsen der weiblichen Personen dieser Art zu verzeichnen. Während man Anfang 1905 noch 612 solche Heilkundler, darunter 60 Frauen, ermittelte, zählte man Ende 1909 bereits 820, darunter nicht weniger als 107 Frauen; die Zahl der letzteren hat sich in diesen 5 Jahren fast verdoppelt. Das Hauptkontingent stellt die Zahnheilkunde mit 284 männlichen und 26 weiblichen Zahnärzten (Anfang 1905 gab es 216 männliche und 20 weibliche); außer diesen sind zu erwähnen 46 Zahntechniker (darunter 1 weiblicher), die zugleich Heilgehilfen waren, 107 Personen (darunter 1 weibliche), die sich mit Zahnziehen und Wundbehandlung abgaben, und 3 (männliche) Zahngehilfen, die auch massierten. Die Zahl der Magnetopathen (Magnetiseur) hat sich seit Anfang 1905 nahezu verdreifacht; damals stellte man 11 fest (darunter 2 weibliche), Ende 1909 dagegen 40 (darunter 13 weibliche). Elektrohomöopathie trieben 2 Männer, mit elektrischer Behandlung, Paradiesern, Galvanisieren befaßten sich 3 Männer und 3 Frauen. Nahezu gleich geblieben ist die Zahl der Heilgehilfen, die sich mit der niederen Chirurgie befaßten; im Jahre 1905 waren 137, Ende 1909 aber 133 vorhanden. Dagegen hat sich die Zahl der Naturheilkunde (auch Wasserbehandlung) Ausübenden in dem 5jährigen Zeitraum mehr wie verdreifacht; sie ist von 8 (darunter 1 weibliche) auf 25 (darunter 7 weibliche) gestiegen. Inhaber eines orthopädisch-hygienischen Instituts (Heilgymnastik) waren 9 Personen, darunter 8 weibliche. Auf dem Gebiete der inneren Heilkunde arbeiteten 6 Männer und 1 Frau, auf dem der Ohrenheilkunde 1 Mann, auf dem der Homöopathie 3 Männer und 1 Frau; der Kräuterbehandlung widmeten sich 6, darunter 2 Frauen, der Behandlung von Hautkrankheiten 2 Männer. Ferner waren zu verzeichnen: ein Mann für Heilgymnastikbehandlung, einer für Knochenbrüche, Vertakungen und Verrenkungen und einer für Diätetiken. Eine Frau erlernte Haare auf elektrischem Wege, eine gab sich als Schönheitspflegerin und eine als Heilherlin aus. Es ist begreiflich, daß eine Schönheitspflegerin u. eine Frau, die Haare auf elektrischem Wege entfernt, oder gar ein orthopädisch-hygienisches Institut in einem Bezirk mit vorwiegend Landbevölkerung und ärmeren Leuten kaum Erfolge haben werden, während sich die Heilherlin die

Bauernbevölkerung als Opfer ausgeführt hat. Letztere wohnte im Amtsbezirk Stodach, die erstgenannten praktizierten in den Amtsbezirken Karlsruhe, Mannheim, Freiburg, Heidelberg. Auch die übrigen nicht approbierten Heilkundigen fanden sich am häufigsten in Bezirken mit größeren Städten; es gab deren insgesamt in den Bezirken Mannheim 101, Karlsruhe 87, Freiburg 74, Heidelberg 55, Pforzheim 50, Konstanz 32, Offenburg 28, Baden 27. Besonders auffallend ist, daß die Frauen fast nur in Bezirken mit größeren Städten dieses Gewerbe trieben.

(Der engere Vorstand des Bad. Lehrervereins) fordert die Vereinsmitglieder auf, in Wäde Stellung zu nehmen zur Frage der Arbeitsschule, der rechtlichen Stellung des Lehrers in Staat und Gemeinde, zur Gehaltsfrage und zur Reisebuchfrage.

Aus der Residenz.

(Großherzogliches Hoftheater.) Von der Generaldirektion wird uns mitgeteilt: Am Sylvesterabend werden die seit längerer Zeit vorbereiteten Neubeiten „Sufjannens Geheimnis“, „Brüderlein fein“ und „Tanzbilder“ in Szene gehen. Der Komponist des Intermezcos „Sufjannens Geheimnis“, Ermanno Wolf-Ferrari, ein Italiener, trat zuerst im Jahre 1901 mit einer Märchenoper „Aschenbrödel“ an die Öffentlichkeit; durch die Erstaufführung am Bremer Stadttheater hat der vorerwähnte Theaterdirektor Erdmann-Regnier dem damals unbekanntem Komponisten den Weg zur deutschen Bühne geebnet. Die darauf folgenden Werke, „Die neugierigen Frauen“, welche im Jahre 1903 im Münchener Residenztheater aus der Taufe gehoben wurden, „Die vier Grobiane“, deren Erstaufführung im Jahre 1905 am Berliner Theater des Westens stattfand, und das große Chorwerk „Das neue Leben“, haben die auf diesen Komponisten gesetzten Hoffnungen bestätigt und bekräftigt. Mit seinem neuesten Werk „Sufjannens Geheimnis“ hat Wolf-Ferrari eine neue Probe seines Talentes für die Erneuerung der komischen Oper gegeben. — „Brüderlein fein“, ein Wienerer Singspiel, hat Leo Fall sein neuestes, feineres Werkchen betitelt. Von seinen Operettenschöpfungen, „Verlicht“ (1904), „Nebell“ (1906), „Fidelio Bauer“ (1906), „Geschiedene Frau“ (1908) ist die mit beispiellosem Erfolg gekrönte „Dollarsprinzessin“ durch die Aufführungen im hiesigen Stadttheater bekannt geworden. — Die neuen „Tanzbilder“ führen diesmal zurück bis in die ägyptische Zeit und veranschaulichen Tänze verschiedener Kulturepochen und verschiedener Nationalitäten.

(Krankenkassenverband und Ärzteverein.) Zwischen dem Karlsruher Krankenkassenverband, bestehend aus der allgemeinen Ortskrankenkasse, der Ortskrankenkasse der Handlungsgesellen, der Metzger, der Wäder und der Diensthöfen, und dem Karlsruher Ärzteverein ist ein neuer Vertrag vom 1. Januar 1911 bis 31. Dezember 1913 zustande gekommen. Nach diesem Vertrag steht in jedem einzelnen Krankheitsfalle freie Wahl unter den dem Karlsruher Ärzteverein angehörenden sowie sonstiger vom Krankenkassenverband angestellten Ärzte zu, soweit diese in der besonders aufgestellten Arztliste enthalten sind. Nach der neuesten Zusammenstellung weist die Arztliste, die von der Kassenverwaltung unentgeltlich abgegeben wird, 75 praktische Ärzte sowie Spezialärzte für sämtliche Krankheitsarten auf. Ferner sind mit einer großen Anzahl auswärtiger, in der näheren Umgebung wohnender Ärzte Abvereinungen getroffen. In Bezug auf die Honorierung der Ärzte ist infolge einer Änderung eingetreten, als vom 1. Januar 1911 ab eine Kopypauschale bezahlt wird. Diese beträgt bei der allgemeinen Ortskrankenkasse im Jahre 1911 4 M., 1912 4,25 M., 1913 4,50 M.; bei der Ortskrankenkasse der Diensthöfen im Jahre 1911 2,50 M., 1912 2,75 M., 1913 3 M.; bei der Ortskrankenkasse der Handlungsgesellen im Jahre 1911 5,50 M., 1912 5,75 M., 1913 6 M.; bei der Ortskrankenkasse der Metzger 1911 3 M., 1912 3,25 M., 1913 3,50 M.; bei der Ortskrankenkasse der Wäder 1911 3 M., 1912 3,25 M., 1913 3,50 M.; bei der Ortskrankenkasse der Metzger im Jahre 1911 3 M., 1912 3,25 M., 1913 3,50 M. Der Berechnung der Kopypauschale zugrunde gelegt.

(Aus der Sitzung der Strafkammer I vom 23. Dezember.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Böcker. Vertreter der Groß- Staatsanwaltschaft: Gerichtsassessor Diebold. — Noch nicht lange ist es her, daß vom Schwurgerichte ein Mann wegen räuberischer Erpressung verurteilt werden mußte, weil er seinerzeit in das Speisezimmer des Oberbürgermeisters eingedrungen war und den darin anwesenden Beamten, dem er zwei geladene Revolver vorhielt mit der Drohung, daß er ihn, wenn er Lärm mache, tödliche, gezwungen hatte, ihm einen größeren Geldbetrag auszubehändigen. Heute stand vor der Strafkammer ein Fall zur Verhandlung, bei dem es sich wiederum um einen Anschlag gegen einen Beamten des lat. Oberbürgermeisters handelte. Der Oberbürgermeister Jäpfel hatte das Opfer einer Erpressung werden sollen. In seinem Bureau erschien am 24. November ein junger Mensch, der ihm einen Brief folgenden Inhalts überreichte: „Durch Mißstände bin ich in Not geraten und gezwungen, mich an Sie zu wenden. Durch Zufall bin ich Mitwisser verschiedener Straftaten Ihres Schwagers Joller. Ich ersuche Sie, dem Überbringer dieses 100 M. zu geben. Wenn dies nicht geschieht, zeige ich Ihren Schwager an.“ Jäpfel fragte den Überbringer des Briefes, von wem dieser komme. Er bekam eine Auskunft, aus der er sofort erkannte, daß es hier auf eine Erpressung abgesehen war. Er hielt den jungen Mann zurück und ließ durch einen anderen Beamten das Bureau verschließen, worauf alsbald die Kriminalpolizei telephonisch verständigt wurde. Nach kurzer Zeit trat ein Kriminalbeamter ein, der nicht nur den Überbringer des Schreibens, sondern auch seine Angaben hin auch dessen vor dem Gebäude des Oberbürgermeisters auf den Erfolg des Briefes handelnde vier Mannschaften festnahm. Die Verhafteten waren der 20 Jahre alte Tagelöhner Rodus Bertold Wöhner aus Karlsruhe, der 19 Jahre alte Tagelöhner Gustav Beder aus Vietriehaus, der 20 Jahre alte Tagelöhner Jakob Uhrig aus Ottersheim, der 17 Jahre alte Tagelöhner Friedrich Johann Schenk aus Karlsruhe und der im gleichen Alter lebende Tagelöhner Haber Otto von hier. Sie hatten sich heute wegen Erpressungsversuchs zu verantworten. Der Gerichtshof verurteilte Wöhner zu 4 Monaten Gefängnis, abzüglich der seit 24. November verbüßten Untersuchungshaft, Beder zu 2 Monaten Gefängnis, abzüglich der vom 24. November bis 2. Dezember erlittenen Untersuchungshaft, Uhrig zu 6 Wochen Gefängnis, abzüglich 4 Wochen Untersuchungshaft, Schenk und Haber zu je 2 Wochen Gefängnis, verbüßt durch die Untersuchungshaft.

Badische Chronik.

B.C. Heidelberg, 27. Dez. Nachdem schon in einer früheren Sitzung beschlossen worden war, die dahier geltenden Bestimmungen über die Vergütung händischer Arbeiten und Lieferungen einer Revision zu unterziehen, hat sich der Stadtrat mit der Handwerkskammer Mannheim wegen Vorbereitung der erforderlichen Maßnahmen zum Vollzug des beschlossenen Beschlusses ins Benehmen gesetzt und mit ihr eine Vereinbarung auf der Grundlage getroffen, daß in der Folge die

Handwerkskammer für alle wichtigeren Baugewerbe der städtischen Verwaltung Sachverständige bezieht, die bei Aufstellung der Submissionsbedingungen sowie vor Erteilung des Zuschlags gehört werden sollen und denen im Benehmen mit den städtischen Ämtern ein Überwachungsrecht hinsichtlich der Ausführung zustehen soll.

oc. Pforzheim, 28. Dez. In den letzten Tagen gingen bei den Arbeitgebern die Antworten auf die durch die Postkarte an jeden Arbeiter gerichtete Anfrage ein, ob er zur Wiederaufnahme der Arbeit am 2. Januar bereit sei oder nicht. Als Ergebnis läßt sich feststellen, daß die Unorganisierten sämtlich mit Ja geantwortet haben, was zu erwarten war, da sie mit wenig Ausnahmen unfreiwillig feiern. Aber auch von den organisierten hat laut „Pforzh. Anz.“ ein ansehnlicher Bruchteil sich zur Aufnahme der Arbeit bereit erklärt und ist der Aufforderung des Metallarbeiterverbandes, die Postkarten an das Streikbureau abzuliefern, nicht nachgekommen. Im Anzeigenteil des heutigen Blattes gibt der Arbeitgeberverband bekannt, daß noch bis zum 30. Dezember Anmeldungen entgegengenommen werden, darüber hinaus die Wiedereinstellung oder nicht zugestimmt werden kann. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes hat gestern zu dem Schreiben des deutschen Metallarbeiterverbandes Stellung genommen, in welchem die Zurückziehung der Forderungen der Kettenmacher in Aussicht gestellt und um Verhandlungen ersucht wurde. Der Beschluß des Arbeitgeberverbandes war nicht zu erfahren, da von den Teilnehmern vereinbart wurde, die Sitzung als vertraulich zu betrachten und Mitteilungen darüber nicht zu machen.

Freiburg, 28. Dez. Nachdem die hiesige Stadtgeistlichkeit den Antimodernismus bei dem Erzbischof abgelegt hat, sind heute mittig die Delate der Erzdiözese erfolgt. Im Anschluß an die Eidesablegung fand eine Sitzung unter dem Vorsitz des Erzbischofs statt, in der die Frage der Kinderkommunion erörtert wurde. Nach einem Bericht der „Köln. Pst.“ hat auch der Stadtpfarrer Hansjakob den Eid abgelegt. Die Theologieprofessoren der hiesigen Universität blieben, wie schon berichtet, von der Eidesleistung dispensiert.

oc. Lörrach, 27. Dez. Am vergangenen Freitag fand auf Anregung des Bezirksamts Lörrach im Gasthaus zur Krone in Lörrach eine Aussprache der Bürgermeister der weinbaureichsten Gemeinden des Bezirks Lörrach statt. U. a. wurde der Wunsch ausgesprochen, daß eine niedrigere Veranlagung der Grundstücke erfolgen solle. Die vom Staate angebotenen Darlehen zum Zwecke der Weitergewährung an besonders schwer geschädigte Nebbauern werden von keiner Gemeinde beantragt. Gestern bei der Besprechung nahm die Erörterung der Bekämpfung der Rebschädlinge in Anspruch. Man wünscht, daß Kupfervitriol und Schwefel frachtfrei oder zum mindesten zu ermäßigten Frachtsätzen befördert, und zoll- und steuerfreie Einfuhr von Nikotin gewährt werde. Auch dem intensiven Schutz der infestierten Rebellen Vogel wurde in der Versammlung eifrig das Wort geredet. Weiter wurde auch die Anpflanzung von Amerikanerreeben besprochen.

oc. Konstanz, 27. Dez. Die Bodenseefischerei ergab im Monat November d. J. einen Gesamtfang von 13 281 Kilogramm Fische im Werte von 16,522 M.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Die Eröffnung der Delegationen durch den Thronfolger.

Budapest, 29. Dez. Bei dem feierlichen Empfang der Delegationen in der Hofburg erwiderte auf die Danksagungssprüche der Präsidenten der Erzherzog Franz Ferdinand im Namen des Kaisers und Königs:

Es ist mir der ehrenvolle Auftrag zuteil geworden, Seine Kaiserliche und Königlich apostolische Majestät hier zu vertreten. Die Gefühle treuer Anhänglichkeit an die allerhöchste Person Ihrer Majestät, die Sie mir soeben zum Ausdruck gebracht haben, werde ich nicht vergessen, Ihrer Majestät zur Kenntnis zu bringen. Zudem ist Sie beim Beginn der Ihrem Wirkungskreis vorbehaltene wichtigen Tätigkeit im Namen Ihrer Majestät beglückwünsche, habe ich zunächst allerhöchstdessen wahrer Genugtuung darüber hervorzuheben, daß die auswärtigen Verhältnisse sich durchaus erfreulich gestaltet haben. Gestützt auf Ihre Allmengen und Dank Ihrer guten Beziehungen zu allen Mächten wird die Monarchie auch künftighin ihre bisherigen erfolgreichen Bemühungen für die Erhaltung und Befestigung des Friedens nachdrücklich fortsetzen. Die Erfordernisse der Kriegsverwaltung für das Meer weisen gegen das Vorjahr eine Verjüngung auf, die die enbliche Mithilfestellung der einzelnen Budgetposten begünstigt. Die Kriegsmarine hingegen benötigt der Vermittlung größerer Mittel, um sich angesichts der einschlägigen Vorbereitungen aller anderen Mächte auf der Höhe ihrer Aufgaben zu erhalten. Diese Kreditforderung wird aber nicht bloß die Schlagfertigkeit der Kriegsmarine erhöhen, sondern auch wirtschaftlichen Nutzen bringen. Von Seiner Kaiserlichen und Königlich apostolischen Majestät beauftragt, Ihnen den Ausdruck des allerhöchsten Vertrauens für Ihre Einsicht und Ihren politischen Eifer kundzugeben, wünsche ich Ihren Arbeiten besten Erfolg und heiße Sie herzlich willkommen.

Agua, 29. Dez. Der Kronprinz äußerte, nachdem seine Besuche der Eingeborenenstaaten beendet sind, den Wunsch, bei seiner Weiterreise von offiziellen Empfängen, außer etwa in Asakutta, abzusehen. Bereits hier war der Empfang in den einfachsten Formen. Der Kronprinz erschien in Zivil und wurde vom Leutnantgouverneur Schwett empfangen. Den Wagen, eskortierte eine Schwadron Royaldragons. Der Kronprinz besuchte gleich nach seiner Ankunft das Fort mit den alten Moquivaläften. Er wird den Aufenthalt in Agua benutzen, um die zahlreichen hiesigen geschichtlichen Denkmäler kennen zu lernen.

Affuan, 29. Dez. Die Kronprinzessin ist, nachdem sie Affuan am 26. Dezember auf dem Nildampfer „Mayflower“ verlassen hat, in Abu-Simbel eingetroffen und besichtigte die Tempelruinen.

Ruda, 29. Dez. Um 10 Uhr vormittags begann die Trauerfeier für den früheren Reichstagspräsidenten Grafen Vallerstrem. Weihbischof Augustin-Breslau zelebrierte das Hochamt. Die Gedächtnisrede hielt Pater Bonaventura-Berlin. Als Vertreter des Kaisers wohnte Fürst Sayfeldt der Feier bei. Vertretern waren ferner die Präsidien des Reichstags und des Landtags. Um 12 Uhr wurde der Sarg in der Krypta der Kirche beigelegt.

Washington, 28. Dez. Im Jahresberichte des Handelssekretärs werden strenge Maßnahmen gegen die Dampfergesellschaften empfohlen, die Einwanderer befördern, sowie Geldstrafen für die Gesellschaften die

Irreinnige oder mit ansteckenden Krankheiten Befallene nach den Vereinigten Staaten befördern. Ferner wird befohlen, daß alle industriellen Gesellschaften, deren Geschäftsbetrieb sich über mehrere Staaten erstreckt, die wesentlichen Tatsachen ihres Betriebes einem Bundesorgan berichten sollen.

Verschiedenes.

Von der Luftschiffahrt.

Guzhaven, 28. Dez. Der hier eingetroffene Fischereidampfer „Senator Mummisen“ hat am 19. Dezember bei 58° 39' n. Br. und 0° 45' ö. L. einen grauen Überzieher aufgefischt. In den Taschen befanden sich neben anderen kleineren Gegenständen zwei weiße Taschentücher, gezeichnet D. L. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Gegenstände dem Leutnant Otto Lang, dem Führer des verunglückten Ballons „Saar“, gehört haben.

Breslau, 27. Dez. Ingenieur Sahn, der mit einem von ihm selbst konstruierten Fallschirm einen Abprung aus einem Luftballon vorführen wollte, ist ungefähr 150 Meter hoch abgestürzt, wobei er tödlich verletzt wurde. Er erlitt unter anderem einen Bruch der Wirbelsäule.

Paris, 28. Dez. Der Aviationer Lafont war mit dem Passagier Pola heute vormittag zum Flug nach Brüssel aufgestiegen. Nach drei Stunden über dem Flugfeld von Jisy stürzte der Apparat aus einer Höhe von 12 Meter ab. Beide Insassen wurden getötet.

Wien, 29. Dez. Zum 5. Januar beabsichtigen die Kaffeehauskeller einen großen Ausstand zu veranstalten, der sich auf alle Kaffeehäuser erstrecken soll. Die Kaffeehausbesitzer wollen einer Schädigung ihres Gewerbes dadurch vorbeugen, daß sie weibliche Bedienung einführen.

Paris, 27. Dez. Der Direktor der Markthallenbank, Banquier Gaillard, ist verhaftet worden. Er hat angeblich drei Millionen Franken Schulden.

London, 28. Dez. Wie die Blätter melden, hat die Polizei im Zusammenhang mit dem Einbruchversuch in Houndsditch eine Auffsehen erregende Entdeckung gemacht. Der bei dem Einbruch Getötete ist als der seit 9 Monaten in Stepney wohnende Morunkeff identifiziert worden. Polizeibeamte fanden in seiner Wohnung bei der Durchsuchung ein vollständiges Lager von Sprengstoffen, Patronen und anarchistischen Schriften vor, sowie Revolver von der gleichen Ausführung wie die, die bei dem Einbruchversuch in Houndsditch benutzt worden waren.

Newport, 29. Dez. Im Metropolitan Opernhaus fand gestern eine Aufführung von Engelbert Humperdinck's dreiaktiger Oper „Königsfinder“ statt. Das Opernhaus war bis auf den letzten Platz gefüllt. Das Stück fand eine glänzende Aufnahme. Humperdinck und die Künstler wurden wiederholt hervorgerufen.

Teneriffa, 27. Dez. Während eines Unwetters stürzte auf der Insel Gomera, eine der kanarischen Inseln, mehrere Häuser ein. 22 Bewohner, meist Kinder, wurden von den Trümmern erschlagen.

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe: B.: Herm. Hummel, Brothauer. — B.: Heinrich Fint, Klecker. — B.: Ernst Wegner, Wagner. — Ein Mädchen: B.: Wilh. Bender, Kaufmann. — B.: Karl Redermann, Revident. — B.: Eugen Bögl, Blecker. — B.: Herm. Leonh. Gain, Gipsler.

Todesfälle: Veronika Brunner, Witwe. — Albert, B.: Georg Schnappinger, Bildhändler. — Adolf, B.: Gustav Ratner, Fabrikarbeiter. — Andreas Schiedmann, Portier a. D., Witwer. — Anna, B.: Friedrich Schneyf, Ladier.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 29. Dezember 1910.

Die gestern bei Island erschienene Depression hat an Tiefe erheblich verloren, doch beeinflusst sie die Witterungsverhältnisse von fast ganz Nordeuropa bis herab zu den Küstengebieten. Im Norden Deutschlands herrscht infolgedessen meist trübes, etwas wärmeres Wetter mit Regen- und Schneefällen. Das südliche Minimum hat sich gleichfalls verflacht. Diese beiden Depressionsgebiete sind getrennt durch eine Zone hohen Druckes, die sich von einem über dem Südwesten lagernden Kern aus über fast ganz Zentraleuropa hinzieht; hier herrscht deshalb heiteres oder nebligtes Wetter bei stellenweise strengem Frost (Frankfurt — 12 Grad, Karlsruhe — 8 Grad). Voraussichtlich wird die nördliche Depression ihren Einfluss nicht mehr weiter südwärts ausbreiten, so daß die Herrschaft des hohen Druckes und damit auch das zurzeit herrschende Wetter weiter anhalten wird.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 29. Dezember, früh:

Lugano wolkenlos — 2 Grad, Biarritz wolkenlos — 2 Grad, Coruna heiter 4 Grad, Perpignan wolkenlos 4 Grad, Nizza bedeckt 9 Grad, Triest Regen 3 Grad, Florenz bedeckt 7 Grad, Rom bedeckt 7 Grad, Cagliari wolzig 5 Grad, Brindisi wolzig 11 Grad, Horta (Azoren) Regen 17 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Dezember	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchth. in mm	Wind. in Grad	Witterung
28. Nachts 9 ^u	757,4	-2,5	3,4	80	NNE	bedeckt
29. Morgs. 7 ^u	758,3	-7,5	2,3	80	SW	Zunehm. Nebel
29. Mittags 2 ^u	757,9	-3,1	3,1	86	SW	bedeckt

Höchste Temperatur am 28. Dezember: 0,2; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -7,7.

Niederschlagsmenge, gemessen am 29. Dezember, 7^u früh: 0,1 mm.

Schneehöhe am 29. Dezember 7^u früh = 16 cm.

Wasserstand des Rheins am 28. Dezember, früh: Schifferinsel 2,03 m, gestiegen 3 cm; Kehl 2,53 m, gefallen 2 cm; Maxau (Nachrichten sind wegen telephonischer Leitungsstörung nicht eingetroffen); Mannheim 4,59 m, gestiegen 19 cm.

Wasserstand des Rheins am 29. Dezember, früh: Schifferinsel 1,90 m, gefallen 13 cm; Kehl 2,78 m, gefallen 5 cm; Maxau (Nachrichten sind wegen telephonischer Leitungsstörung nicht eingetroffen); Mannheim 4,58 m, gefallen 11 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Teleph. 114 **Möbelmagazin** Gegr. 1883 Eigene Entwürfe. Eigene Fabrikation.

vereinig. Schreinermeister

eingetr. Genossenschaft mit unb. Haftpflicht

KARLSRUHE i. B.

Amalienstraße 31

Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Salons, Küchen

Einzelmöbel

Gediegene Ausführung. Eigene Polsterwerkstätte. Besichtigung ohne Kaufzwang.

Hotel Grüner Hof

Beehre mich hierdurch mitzuteilen, daß ich mein

HOTEL GRÜNER HOF

seit 1. Dezember d. Js. in Selbstbetrieb übernehmen und die Geschäftsführung Herrn Hoteldirektor K. Eisinger übertragen habe.

Zur Abhaltung von Familienfestlichkeiten, Tanzunterhaltungen und sonstigen Veranstaltungen halte ich die geeigneten Räume unter Zusicherung guter Bedienung bestens empfohlen.

Hochachtungsvoll
A. PRINTZ, Brauerei.

N.169.10.3

Ausstellung

von Gemälden, Zeichnungen, Radierungen des **Hermann Braun** im **Kunstgewerbemuseum.**

Zutritt frei. N.260

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe 24

Das badische Vermögenssteuergesetz

vom 28. September 1906 in der Fassung nach dem Gesetz vom 27. Mai 1910 nebst den Vollzugsvorschriften. Erläutert von Ministerialrat **E. Zimmermann.** (VIII und 303 Seiten). Mit einem alphabetischen Register. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe 1910. Preis gebunden Mark 6.—.

In den Erläuterungen zum Vermögenssteuergesetz behandelt der Verfasser die hauptsächlichsten Fragen, die sich bei der Anwendung des Gesetzes aufwerfen. Er gibt dabei die Ausführung der Regierungsbegründung und die sonstigen Gesetzesmaterialien wieder, soweit sie für die Auslegung des Gesetzes von Bedeutung sind, und er führt weiter die zu den Gesetzesbestimmungen ergangenen zahlreichen Entscheidungen der oberen Verwaltungsbehörden und Gerichte, insbesondere des Verwaltungsgerichtshofes an. Der Verfasser will so den Veranlagungsbehörden und den sonstigen Interessenten einen kurz gefassten Kommentar geben, aus welchem sie sich in Zweifelsfällen über die Praxis der Steuerverwaltung und der Gerichte Aufschluß verschaffen können. Mit Hilfe des beigegebenen ausführlichen Registers werden sie sich in dem Buche leicht zurechtfinden. V.50

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag

Düsseldorfer Punschsyrop

von **Johann Adam Roeder**

Königlich Preussischer Hoflieferant

von **bekannt hervorragender Qualität.**

In den ersten Geschäften erhältlich. N.170

Grabmalkunst

ständige Ausstellung fertig. Denkmale nach Entwürfen erster Künstler

Karl-Wilhelmstrasse 51

Auskunft: Rupp & Moeller, Durlacher Allee 20.

Bürgerliche Rechtsstreite.

Öffentliche Zustellung einer Klage. N.241.2. Nr. A 30 990. Baden. Die Firma **Heinrich Rheinboldt** (Zigarettenfabrik A. Walsch) in Baden, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt **Dr. Meter** in Baden, klagt gegen den Zigarrenhändler **B. Bollmann**, früher in Mannheim, jetzt ohne bekannten Aufenthalt, unter der Behauptung, daß der Beklagte ihr aus Warenkauf vom laufenden Jahre den Betrag von 442 M. schulde und als Erfüllungsort Baden-Baden vereinbart sei, mit dem Antrage auf kostenfällige vorläufig vollstreckbare Verurteilung des Beklagten zur Zahlung dieses Betrags nebst 4% Zins hieraus seit Klagezustellung an die Klägerin. Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Großh. Amtsgericht III in Baden auf **Mittwoch den 22. Februar 1911, vormittags 9 Uhr,** II. Stod, Zimmer Nr. 19, geladen. Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts Mayer.**

Öffentliche Zustellung einer Klage. N.265.2. Nr. 13018. Eppingen. Der **Mehl- und Landesproduktenhändler Moses Menges** zu Wiesloch, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt **Hedermann** hier, klagt gegen den **Bäder Wlons Winberger** von Elsenz, zurzeit an unbekanntem Orte, aus Mehlauf vom Jahre 1910 auf Zahlung von 216 M. und 5 Prozent Zinsen seit dem Zustellungstag. Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Eppingen auf **Dienstag den 14. Februar 1911, vormittags 9 Uhr,** geladen. Eppingen, den 23. Dezember 1910. Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Kirdgchner.**

Öffentliche Zustellung einer Klage. N.267.2. Nr. 12883. Pforzheim. Der Kaufmann **Theodor Rindberg** zu Singen a. S., Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt **Dr. Bloch** in Pforzheim, klagt gegen den **Kellner Georg Gförrer**, früher zu Pforzheim wohnhaft gewesen, zurzeit an unbekanntem Orte abwesend, unter der Behauptung, daß der Beklagte dem Kläger aus Kauf eines Herrenanzuges vom 18. September 1908 noch teilweise den Betrag von 40 Mark schulde, mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 40 Mark nebst 4 Prozent Zinsen vom 1. Januar 1909. Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Großherzogliche Amtsgericht zu Pforzheim auf **Donnerstag den 16. März 1911, vormittags 9 Uhr,** geladen. Pforzheim, den 23. Dezember 1910. Gerichtsschreiber **d. Gr. Amtsgerichts A. II.**

Öffentliche Zustellung einer Klage. N.282.2.1. Nr. 13902. Mannheim. Der Zahnarzt **Karl Hauser** in Mannheim, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt **Dr. Bernheim** hier, klagt gegen **Fräulein Gertrud Hauffe**, deren Aufenthalt unbekannt ist, früher zu Mannheim wohnhaft, mit dem Antrage auf vorläufig vollstreckbare Verurteilung der Beklagten, an den Kläger 250 M. nebst 4 Proz. Zinsen vom Klagezustellungstag an aus zahnärztlicher Behandlung zu bezahlen. Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird die Beklagte vor das Amtsgericht zu Mannheim auf **Freitag den 3. März 1911, vormittags 9 Uhr,** (II. Stod, Zimmer 113) geladen. Mannheim, den 24. Dezember 1910. Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts IV.**

Öffentliche Zustellung einer Klage. N.282.2.1. Nr. 13902. Mannheim. Der Zahnarzt **Karl Hauser** in Mannheim, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt **Dr. Bernheim** hier, klagt gegen **Fräulein Gertrud Hauffe**, deren Aufenthalt unbekannt ist, früher zu Mannheim wohnhaft, mit dem Antrage auf vorläufig vollstreckbare Verurteilung der Beklagten, an den Kläger 250 M. nebst 4 Proz. Zinsen vom Klagezustellungstag an aus zahnärztlicher Behandlung zu bezahlen. Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird die Beklagte vor das Amtsgericht zu Mannheim auf **Freitag den 3. März 1911, vormittags 9 Uhr,** (II. Stod, Zimmer 113) geladen. Mannheim, den 24. Dezember 1910. Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts IV.**

Öffentliche Zustellung einer Klage. N.282.2.1. Nr. 13902. Mannheim. Der Zahnarzt **Karl Hauser** in Mannheim, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt **Dr. Bernheim** hier, klagt gegen **Fräulein Gertrud Hauffe**, deren Aufenthalt unbekannt ist, früher zu Mannheim wohnhaft, mit dem Antrage auf vorläufig vollstreckbare Verurteilung der Beklagten, an den Kläger 250 M. nebst 4 Proz. Zinsen vom Klagezustellungstag an aus zahnärztlicher Behandlung zu bezahlen. Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird die Beklagte vor das Amtsgericht zu Mannheim auf **Freitag den 3. März 1911, vormittags 9 Uhr,** (II. Stod, Zimmer 113) geladen. Mannheim, den 24. Dezember 1910. Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts IV.**

Konkursverfahren. N.280. Nr. 10315. St. Blasien. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Gastwirts **Eugen Lehner**, „zum Adler“, in Mengerschwand ist nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben worden. St. Blasien, den 24. Dezember 1910. Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Walfer.**

Konkursverfahren. N.267 Nr. 14096 A. 3. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **F. Vogt Nachf. Fischer & Kiefer**, offene Handelsgesellschaft hier, Wilhelmstr. 57, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderung bestimmt auf **Freitag den 13. Januar 1911, vormittags 10 1/2 Uhr,** vor dem Großh. Amtsgericht, **Mademiefstr. 2, 3. Stod, Zimmer Nr. 68.** Karlsruhe, den 24. Dezember 1910. Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts A. III, Gruner.**

Konkursverfahren. N.273. Nr. 12120. Staufen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Oskar Kaifer** in Staufen ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der

Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen Schlußtermin bestimmt auf **Samstag den 21. Januar 1911, vormittags 10 Uhr,** vor dem Amtsgericht hier selbst. Staufen, den 22. Dezember 1910. Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Wald.**

Konkursverfahren. N.247. Nr. 22043. Bilingen. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schreinermeisters **Andreas Fleig** in Bilingen wurde nach erfolgter Schlußverteilung und Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Bilingen, den 22. Dezember 1910. Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: E. Bernauer, Großh. Amtsgerichtssekretär.**

Konkursverfahren. N.248. Nr. 22235. Bilingen. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Schreinermeister **Andreas Fleig Ehefrau Regina geb. Föhrle** in Bilingen wurde nach erfolgter Schlußverteilung und Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Bilingen, den 22. Dezember 1910. Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: E. Bernauer, Großh. Amtsgerichtssekretär.**

Bekanntmachung. N.284. Wiesloch. Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Bäckers Karl Ludwig Mayer** in Waldbrunn betr. Zur Beschlußfassung über die Genehmigung des vom Konkursverwalter, Rechtsanwalt **Stecher**, dahier bewirkten Verkaufes des zur Konkursmasse gehörigen Hausgrundstückes **Lagerbuch Nr. 640b** der **Gemarkung Waldbrunn** um das von der **I. Hypothekengläubigerin** abgegebene Gebot von 7840 Mark wird die Gläubigerversammlung auf **Freitag, den 13. Januar 1911, nachmittags 4 Uhr,** anberufen. Wiesloch, den 27. Dezember 1910. Großh. Amtsgericht **gez. Steuer.** Dies veröffentlicht: **Häuser, Gerichtsschreiber.**

Freiwillige Gerichtsbarkeit. Aufgebot. N.263.2. Nr. 10398. Adelsheim. Der **Wagner Karl Philipp Diet** in Osterburken hat beantragt, die verheiratete **Katharina Theresia Dreier**, geboren 6. September 1861 in Osterburken, zuletzt wohnhaft in Osterburken, für tot zu erklären. Die bezeichnete Verheiratete wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Donnerstag den 21. September 1911, vormittags 11 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verheirateten zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen. Adelsheim, den 24. Dezember 1910. Großh. Amtsgericht **gez. Spies.** Dies veröffentlicht: **Gr. Amtsgerichts: Frey.**

Aufgebot. N.282.2. Nr. A. 29378. Konstanz. Der **Ordnungsbeamte Konrad Kleiner** in Konstanz hat als Verwalter des Nachlasses der am 2. Februar 1910 in Konstanz verstorbenen ledigen **Privatin Ida Engesser** von Konstanz den Antrag gestellt, den am 18. November 1887 zu **Nadolzell** geborenen **Sugo Engesser**, Sohn des **Ferdinand Engesser** und der **Katharina Friederike Gabele**, zuletzt wohnhaft in Konstanz, welcher verheiratet ist, für tot zu erklären. Der genannte Verheiratete wird hiermit aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Montag den 17. Juli 1911, vormittags 9 Uhr,** vor dem hiesigen Amtsgericht anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. Alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verheirateten zu erteilen vermögen, werden aufgefordert, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu erstatten. Konstanz, den 17. Dezember 1910. Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Vogel.**

Aufgebot. N.230.2.1. Nr. 12959. Mannheim. Der Rechtsanwalt **Oskar Mayer** in Mannheim hat in seiner Eigenschaft als **Abwesenheitspfleger** beantragt, den verheirateten am 7. Adventber 1884 in **Mosbach** geborenen **Haas Kaufmann**, zuletzt wohnhaft in Mannheim, für tot zu erklären. Der bezeichnete Verheiratete wird

Aufgebot. N.230.2.1. Nr. 12959. Mannheim. Der Rechtsanwalt **Oskar Mayer** in Mannheim hat in seiner Eigenschaft als **Abwesenheitspfleger** beantragt, den verheirateten am 7. Adventber 1884 in **Mosbach** geborenen **Haas Kaufmann**, zuletzt wohnhaft in Mannheim, für tot zu erklären. Der bezeichnete Verheiratete wird

Aufgebot. N.230.2.1. Nr. 12959. Mannheim. Der Rechtsanwalt **Oskar Mayer** in Mannheim hat in seiner Eigenschaft als **Abwesenheitspfleger** beantragt, den verheirateten am 7. Adventber 1884 in **Mosbach** geborenen **Haas Kaufmann**, zuletzt wohnhaft in Mannheim, für tot zu erklären. Der bezeichnete Verheiratete wird

aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Dienstag den 19. September 1911, vormittags 11 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verheirateten zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen. Mannheim, den 22. Dezember 1910. Großh. Amtsgericht **G.**

Die Firma „**Schule für Musik, G. m. b. H.**“ in Mannheim, wurde durch Gesellschaftsbeschluss vom 20. Oktober 1910 aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden hiermit aufgefordert, sich bei derselben z. B. des Liquidators, Rechtsanwalt **Dr. Theodor Alt** in Mannheim, zu melden. Mannheim, den 22. Dezember 1910. Der Liquidator: **Dr. Alt, N.196.3.**

Bermischte Bekanntmachungen. **Bekanntmachung.** Bei dem Bezirksamt Pforzheim ist eine **Kanzleihilfsstelle** (mit üblicher Jahresvergütung) sofort zu besetzen. Bewerbungen sind gleichzeitig einzureichen. **Großh. Bezirksamt.**

Bekanntmachung. Auf 1. Januar 1911 ist eine **Kanzleihilfsstelle** zu besetzen. Bewerber aus der Zahl der **Militär- und Kanzleiwärter** wollen ihre Gesuche unter Beifügung der erforderlichen Nachweise sofort einreichen. **N.281.2.1.** Pforzheim, den 28. Dezember 1910. **Großh. Amtsgericht: Mayer.**

Holzschwellen-Verdingung. Wir haben nach Maßgabe der Verordnung **Großh. Finanzministeriums** vom 3. Januar 1907 öffentlich zu verdingen die Lieferung von: **6065 Stück Schwellen** aus **Kiefern- und Eichenholz.** Angebote sind schriftlich, verschlossen und mit der Aufschrift: **„Verdingung 13. Januar 1911“** versehen, spätestens **Freitag den 13. Januar 1911, vormittags 10 Uhr,** bei uns einzureichen. Die Lieferungsbedingungen und der Angebotsbogen werden auf portofreie Anfrage von uns abgegeben. **Zuschlagsfrist 3 Wochen.** N.275.2.1. Karlsruhe, den 23. Dezember 1910. **Großh. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.**

Herstellung von Pflasterungen und Betonböden. Die Herstellung der Bodenbefestigung im Maschinenhaus des Mannheimer Rangierbahnhofs soll nach der Verordnung des **Gr. Ministeriums der Finanzen** vom 3. Januar 1907 öffentlich vergeben werden. Es sind herzustellen: **1. Betonböden** vom Mischungsverhältnis 1:9 mit Glatzfrisch und 12 bis 14 cm stark 3680 qm. **2. Betonböden** vom Mischungsverhältnis 1:12 im Mittel mit Glatzfrisch, 16 cm stark, 449 qm. **3. Granitpflaster** in **Beton 1:9** gefestigt, wobei die Steine gestellt werden, 740 qm. N.255.2. Die Arbeiten der **Ros. 1 und 2** bilden das **Los I**, die von **Ros. 3** das **Los II.** Die Zeichnungen und das Bedingnisheft, die nicht nach auswärts abgegeben werden, liegen auf unserem Bureau, **Große Metzgerstraße 7, II. Stod.,** auf. Angebotsformulare können hier erhoben werden. Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis zur öffentlichen Verdingungstagfahrt am **2. Januar 1911, nachmittags 5 Uhr,** bei uns portofrei einzureichen. **Zuschlagsfrist 14 Tage.** Mannheim, den 23. Dezember 1910. **Großh. Bahnaninspektion.**

Deutscher Eisenbahn-Gütertarif Teil I. Am 1. Januar 1911 tritt zum Deutschen Eisenbahn-Gütertarif, Teil I (Abteilung B vom 1. April 1910 der Nachtrag III) in Kraft. Er enthält Änderungen und Ergänzungen der Allgemeinen Tarifvorschriften nebst Güterklassifikation sowie des als Anhang gedruckten alphabetischen Verzeichnisses. Druckabzüge des Nachtrags können zum Preise von 5 Pf. für das Stück von unserm Verkehrs-bureau bezogen werden. N.292. Karlsruhe, den 23. Dezember 1910. **Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.**